



Trotz Equal Pay: Leiharbeit bleibt legitimiertes Lohndumping per Gesetz

Nachricht von Susanne Ferschl, 05. September 2019

Trotz vielfach beklagtem Fachkräftemangel gab es 2018 eine Million Beschäftigte in der Leiharbeit, v.a. im Niedriglohnbereich.

Theoretisch gibt es ein Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit nach neun Monaten. In der Praxis sind zu diesem Zeitpunkt mehr als zwei Drittel (72,5%) aller Leiharbeiter längst wieder entlassen.

2018 blieb die Zahl der Leiharbeiter weitgehend stabil im oberen Bereich und lag im Juni bei 1.023.290 Beschäftigten. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten (61,6%) bekam trotz Vollzeit nur einen Niedriglohn und verdiente somit monatlich weniger als 2.203 Euro brutto. Noch prekärer ist die Lage für junge Leiharbeitskräfte. Von den unter 25-jährigen arbeiteten über 80 % unterhalb der Niedriglohnschwelle. Die gravierenden Lohnunterschiede bleiben trotz gesetzlichem Anspruch auf Equal Pay auch weiterhin bestehen: Beschäftigte in der Leiharbeit verdienen in Vollzeit im Mittel 1.300 Euro weniger als sozialversicherungspflichtige Festangestellte. Die überwiegende Mehrheit von ihnen wurde im 2. Halb-

jahr 2018 vor oder zu 9 Monaten wieder entlassen (605.000, 72%) und damit genau zu dem Zeitpunkt, ab dem der gesetzliche Anspruch auf Equal Pay greift.

Leiharbeit ist nachweislich keine Brücke in den Ersten Arbeitsmarkt: Nur ein Drittel der vormaligen Leiharbeitskräfte finden 90 Tage nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung außerhalb der Leiharbeit. Jede/r Fünfte (19%) arbeitet wieder in der Arbeitnehmerüberlassung und mehr als jede/r Dritte (39%) bleibt arbeitslos. Trotzdem vermitteln Jobcenter und Bundesagentur für Arbeit Jahr für Jahr tausende Arbeitslose in das System Leiharbeit. 2018 war es jede dritte Vermittlung.

„Zwei Jahre nach der Reform der Leiharbeit steht fest: Arbeitgeber lachen über Equal Pay. Ungeniert nutzen sie die Schlupflöcher im Gesetz, um Beschäftigte auch weiterhin mit Niedriglöhnen abzuspeisen. Die Bundesregierung lässt sie gewähren. So funktioniert gesetzlich legitimierte Ausbeutung. Dabei sind Dumpinglöhne mit ein Grund für den vermeintlichen Mangel an Fachkräften. DIE LINKE will Leiharbeit kurzfristig streng regulieren. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit ab dem ersten Tag und einen Flexibilitätszuschlag für Beschäftigte. Kein Einsatz darf länger als drei Monate dauern. Langfristig wollen wir Leiharbeit abschaffen. Denn Leiharbeit ist das Gegenteil von guter Arbeit“, kommentiert Susanne Ferschl die Antwort [PDF] der Bundesregierung auf ihre Kleine Anfrage.

